

Ein Schuldenschnitt ist ein ernster Eingriff. Aber ungleich schlimmer ist ein finanzpolitischer Ausnahmezustand auf Dauer. Er zerstört die Demokratie

## Am Ende hilft nur der Konkurs

Von Gerd Held

Nach anderthalb Jahren europäischer Schuldenkrise ist es so weit. Man spricht nun offiziell vom möglichen Teilbankrott einzelner Staaten. Dieser war bisher ausgeschlossen worden, es galt das unbedingte Immer-Weiter-So. Überhaupt, so war oft zu hören, ging es nicht mehr um Sache und Maß, sondern um Psychologie und Vertrauen – weshalb das eigentliche Problem nicht die wuchernden Staatsausgaben waren, sondern die bösen Zungen von Spekulanten und Ratingagenturen, die alles „schlecht reden“. Der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier hatte noch am vergangenen Montag vorgeschlagen, den Ratingagenturen die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten zu verbieten. So weit waren also Arroganz und Einfalt gediehen, als dann die Psychologie doch versagte. Die Erwägung einer Griechenland-Pleite ist eine Art Offenbarungseid. Der deutsche Finanzminister sagt ins Mikrophon, man hätte in Brüssel noch nie „so intensiv“ über die Lage gesprochen. Das ist ein peinliches Eingeständnis, das ein Zwielficht auf die Gipfeltreffen wirft. Was wurde dort eigentlich bisher besprochen? Man erinnert sich noch an die Mienen, mit denen dem Publikum beschieden wurde, dass „alles auf einem guten Weg“ sei. So sieht also eine Farce aus. Die Milliardenbeträge werden offenbar mit sehr leichter Hand bewegt.

Es ist zugleich eine sehr diktatorische Hand, die wie im Ausnahmezustand regiert. Die Kredite und Garantien haben Größenordnungen erreicht, die im Zahlungsfall jeden Staatshaushalt sprengen und auch jede Schuldenbremse außer Kraft setzen. Dabei ist die Begründung der Rettungsmaßnahmen ist so prinzipiell, dass für eine Überlegung, wie sie jemals beendet

werden können, gar kein Platz ist. Eine gewaltige Drohkulisse wird herangezogen: die allgemeine Wirtschaftskrise. Wer einen solchen bodenlosen Abgrund beschwört, kann den eigenen Einsatz nicht begrenzen. Hier ist im Grunde das ewige Retten schon vorprogrammiert. Auch der ständig wiederholte Rat an die Defizitländer, sie müssten ihre „Wettbewerbsfähigkeit erhöhen“, ist von so globaler Weisheit, dass der Erfolg oder das Scheitern eines Landes gar nicht messbar ist. So wird der finanzpolitische Ausnahmezustand auf Dauer gestellt.

Der Bankrott eines Staates ist etwas sehr Ernstes. Er vernichtet Ersparnisse und Kapital, er reißt Versicherungen und Banken mit. Er beschädigt für eine gewisse Zeit die Kreditwürdigkeit eines Landes. Und doch hat dieser Ernst etwas Positives. Denn im Konkurs wird der finanzpolitische Ausnahmezustand beendet oder zumindest eingegrenzt. Durch den Ernstfall des Staatsbankrotts wird der Staatshaushalt wieder ernstgenommen. Die begrenzende Kraft der Steuerzahlung – und damit das Einspruchsrecht des steuerzahlenden Bürgers gegen wuchernde Staatsausgaben – wird wieder anerkannt. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Möglichkeit, einen Staat in immer größeren Umfang auf Kredit zu betreiben, den öffentlichen Angelegenheiten eine täuschende Leichtigkeit verliehen. Das hat die Demokratie um ihren ernstesten Einsatz gebracht. Statt der strengen Verbindung von Bestellung und Bezahlung öffentlicher Güter hat der Kreditstaat ein loses Spiel veranstaltet: Die Bürger und die Wirtschaft wurden dazu verleitet, sich alle möglichen Dinge und Subventionen zu wünschen. Zugleich wurden sie in einer vagen Angst gehalten, die Finanzierung auf Pump könnte eines Tages

nicht mehr gelingen. Diese Angst veranlasste sie, die Verhältnisse ihres Landes nicht mehr ehrlich zu erörtern. „Du darfst das Land nicht kaputt reden“ heißt die zeitgenössische Zensurformel. Sie ist Ausdruck der großen Macht, die an den Schaltstellen des Kreditstaates ausgeübt wird. So ist die wuchernde Staatsverschuldung nicht nur teuer, sondern sie verlagert auch die politische Macht in die Grauzone der Kreditverhandlungen. Öffentlichkeit und parlamentarische Kontrolle werden ausgehebelt. Wenn diese große Politikverschiebung nun in die Krise gerät, ist das erfreulich.

Die Krise des Schuldenstaates eröffnet die Möglichkeit, zum klassischen Haushaltsstaat zurückzukehren. Das ist kein geringes Anliegen. Denn die Haushaltsdisziplin ist ein zentrales demokratisches Gut. Mit ihr steht die Staatstätigkeit unter Bilanzzwang. Hier wird ein Land wirklich zur abgegrenzten Einheit, zum „Haus“. Nur hier (und nicht an Einzelgesetzen) kann geprüft werden, ob es gemäß seiner Verhältnisse regiert wird. Deshalb ist es eine gute Parlamentsregel, dass der Haushalt in einer Generaldebatte erörtert wird, in der es um die Lage der Nation geht. Geschichtlich ist das Haushaltsrecht des Parlaments die Schwelle zur modernen Republik. An diesem Recht sind wichtige Kämpfe entbrannt. Genau an diesem Punkt hat sich, bei aller Vielfalt einer Bevölkerung, immer wieder ein einheitlicher „Demos“, das Volk, gebildet. Der Staatshaushalt wurde zu dem Gemeingut, das die Bürger veranlasste, ihre Einzelanliegen mit

den Anliegen der Nation zu verbinden. Das positive, aber begrenzende Votum über den Haushalt gab dem passiven Staatsmissmut der Bürger eine konstruktive Wendung. Und hier zeigt sich die eigentliche politische Gefahr des Schuldenstaates: Wo die Ausgaben sowieso auf Pump erfolgen und die Haushaltsbilanz entwertet ist, verliert die Demokratie ihren obersten gemeinsamen Gegenstand. Das Parlament verliert seine Geschäftsgrundlage, der Staat zerfasert in Einzelprojekte.

Man spricht viel von der „individualisierten Gesellschaft“, die alle größeren sozialen Verbände schwächt. Auch die beiden Volksparteien haben sich diese Rede zu eigen gemacht und benutzen sie als Entschuldigung für ihren Zick-Zack-Kurs. Sie tun so, als ob das Wuchern der unzähligen Einzelanliegen ein Naturgesetz der modernen Gesellschaft sei. Aber es ist die Politik selber, die diesem Wuchern erst wirklich zum Durchbruch verholfen hat. Erst der Marsch in den Schuldenstaat und die Entwertung des Haushaltszwangs haben den Raum für die Begehrlichkeiten eröffnet, die dann wieder zu neuen Schuldentürmen führten. Doch dieser Zirkel kann durchbrochen werden und man sollte damit gerade in einem kritischen Moment beginnen. Die Zuspitzung der Schuldenkrise in Europa und Amerika ist ein solcher Moment. Der Schuldenstaat gerät ins Stolpern, das endlose „weiter so“ verliert an Bannkraft. Der drohende Bankrott ist ein demokratischer Weckruf - nicht zum Straßenprotest, sondern zu einer parlamentarisch kontrollierten, konservativen Haushaltsführung.

*(Manuskript vom 15.7.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 18.7.2011 unter der Überschrift „Lob des Staatsbankrotts“)*